

# Folterreport bleibt vorerst geschwärzt

Grüne scheitern mit Antrag  
zur kompletten Übermittlung  
des CIA-Berichtes

Von Fabian Lambeck

Es war ein Antrag, »bei dem niemand in diesem Hause dagegen sein kann«, wie die Grüne Bundestagabgeordnete Renate Künast meinte. Das Parlament diskutierte am Freitag einen Antrag ihrer Fraktion, die »zuständigen Stellen« in den USA zu ersuchen, den Bericht über das Folterprogramm des Geheimdienstes CIA »vollständig und ungeschwärzt« zu übermitteln. Bislang liegt den Abgeordneten lediglich eine teilweise geschwärzte Fassung vor, die zudem stark gekürzt ist. Der Report über die »speziellen Verhörmethoden« der CIA, umfasst 6000 Seiten. Davon sind aber bislang erst knapp 500 Seiten bekannt. »Wir alle wollen, dass Foltervorwürfe rechtsstaatlich aufgearbeitet werden«. Dazu müsse aber der ganze Bericht ohne Schwärzungen vorliegen, so Künast. Die Grünen hatten den Antrag vorsichtig formuliert, so wollte man – »wenn von den USA gewünscht« – den Report »nur in seiner Geheimschutzstelle zugänglich machen«.

Die Redner von Union und SPD verurteilten die Folter ebenfalls, wollten den Großen Bruder aber nicht verärgern. So sagte Frank

Heinrich (CDU), der Antrag erübrige sich, weil Generalbundesanwalt Harald Range bereits aktiv geworden sei. So aktiv ist dieser allerdings nicht: Seit Monaten »prüft« er lediglich die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens. Etwa wegen der Entführung und Folter des deutschen Staatsbürgers Khaled El-Masri durch die US-Dienste. Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele forderte, Bundesjustizminister Heiko Maaß (SPD) sollte Range anweisen, die Ermittlungen endlich aufzunehmen. Zumal US-Präsident Barack Obama den Verantwortlichen bereits Straffreiheit zugesagt habe. Auch für die »Königin der Folter«, Alfreda Bikowsky, die die Anweisung zur Entführung El-Masris gegeben haben soll.

Der LINKE André Hahn unterstrich, er teile das Grundanliegen des Antrags, »den Bericht an den Bundestag zu übermitteln«. Auch um zu prüfen, welche Rolle der Flughafen Leipzig/Halle als internationales Drehkreuz bei den Verschleppungen durch die USA gespielt habe. Union und SPD zeigten sich da weniger interessiert. Sie lehnten den Vorstoß mit ihrer Mehrheit ab.